

Dresdner Volkszeitung

Postleitzahl: Dresden.
Ruber & Comp., Nr. 1908.

Organ für das werktätige Volk

Hauptredaktion:
Gebr. Arnhold, Dresden
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn mit den wöchentlichen Belegungen „Nach der Arbeit“ und „Gold und Zeit“ für einen halben Monat 100 Goldpfennig. Einzelnummer 10 Goldpfennig. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Telefon 96 281.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Verlagsadresse: Wettinerplatz 10. Telefon 96 281.
Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 6 Uhr nachm.

Anzeigenpreis. Grundbreite: die 29 mm breite Anzeigenzeile 30 Goldpf., die 90 mm breite Anzeigenzeile 150 Goldpf., für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Goldpf. Familienanzeigen, Stellen- u. Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Briefmitteleitung 10 Goldpf.

Nr. 27

Dresden, Montag den 2. Februar 1925

36. Jahrg.

Herriot und wir

Von Paul Faure, Kammerabgeordneter, Paris

Vergeblich wär's, es noch verhehlen zu wollen: die letzte Kammerrede Herriots über die äußere Politik, diese Rede, für deren öffentlichen Anschlag die Abgeordneten fast ausnahmslos gestimmt haben, die Sozialisten mitbegriffen, hat eine recht heftige Mißbilligung innerhalb der sozialistischen Kammerfraktion gefunden.

Zunächst hatte die sozialistische Fraktion, mit zwar nur geringer Mehrheit, beschlossen, gegen den öffentlichen Anschlag dieser Rede zu stimmen. Und erst nach verschiedenen Zwischenfällen trat die Fraktion, in einer zweiten Sitzung, für den Maueranschlag ein.

Wie ist dieser Umkehrung zu erklären? Etwa mit den paar landläufigen Erklärungen, die Herriot an seine Rede anhängte? Durchaus nicht. Der Grund liegt vielmehr in der Tatsache, daß der Ministerpräsident den Sozialisten zu verstehen gab, daß er nicht an der Spitze der Regierung bleiben werde, wenn sie nicht für den Antrag des öffentlichen Anschlags seiner Rede stimmen würden. Und das gab bei der Mehrheit der sozialistischen Kammergruppe den Ausschlag. Aber, ich darf es wohl sagen, in unsern Reihen wurde Herriots Rede nicht mit Wohlgefallen aufgenommen. Die Kritiken regneten knäpplid. Gewiß haben wir durchaus nichts auszuheulen an seiner Anklage gegen die deutschen Rechtsparteien, die unaufrichtig eine herausfordernde und fragebezügliche Sprache führen. In diesem Punkte sind wir mit Herriot einig.

Aber wie sind der Ansicht, daß für uns wie auch für alle andern Völker die Sicherheit weit eher in der sozialen, moralischen Wüstung, im Siege der Demokratie und, ich möchte noch hinzufügen: im internationalen Zusammenbruch der sozialistischen Arbeiterkraft liegt, als in militärischen Belagerungen und Heeresorganisationen. Nach unser Meinung sind die wichtigsten Mittel zum Frieden in einer stetigen Ermüdung der Demokratie, in Deutschland so gut wie in Frankreich.

Herriot, der durch die heftigen Reden gewisser deutscher Reaktionen und durch die Artikel der Reichspresse ein wenig aus dem Gleichgewicht gekommen war, hat diesen Punkt, der aus Sozialisten besonders am Herzen liegt, zwar gestreift, ihn aber nicht genügend herausgeholt. Darin aber liegt, nach unrer Auffassung, die Hauptursache einer vollständig neuen europäischen Politik. Und so ist die zurückhaltende und fähle Aufnahme zu erklären, die wir Sozialisten der Rede Herriots angedeihen ließen. Auch unsere spätere Zustimmung zum Vorschlag des öffentlichen Anschlags dieser Rede hat diese Mißstimmung nicht behoben. Und so bestätigt sich, was wir immer und immer wieder festgehalten haben: die Lage wird in der deutsch-französischen Politik erst dann günstiger werden, wenn wir die Stimmen der Nationalisten, ihr Gehör und ihr Herausforderungsgeheul zum Schweigen gebracht haben.

Wir sind immer noch überzeugt, daß Herriot ein entschlossener und ein aufrichtiger Friedensfreund ist. Wir werden ihn übrigens nur unterstützen, wenn er dem Programm des Friedens und der Völkerverbrüderung treubleibt. Doch eins ist sicher: wir werden auf diesem Boden nur in dem Maße festhalten, als auch in Deutschland antreibende Kräfte ihre wachsende Macht und ihren siegreichen Einfluß bekunden werden.

SPD, Paris, 1. Februar. (Durch Telefon.) Dem Vertreter des Sozialistischen Reichstages wird aus der sozialistischen Kammerfraktion zu der letzten Rede Herriots folgendes erklärt:

In der Tat konnte man Herriot vorwerfen, die Gefahren der sogenannten „geheimen Rüstungen“ Deutschlands übertrieben, die politische Presse allzu ergiebig geliebt und die Existenz eines demokratisch-republikanischen Deutschlands nicht genügend hervorzuheben zu haben, so daß seiner Rede das innere Gleichgewicht fehlte und ihr dadurch ein Charakter gegeben wurde, der an gewisse Manifestationen Poincarés erinnern konnte. In der sozialistischen Fraktion besteht niemand, daß der Rede Herriots die nötige Ausgewogenheit fehlte, und es ist kein Zweifel, daß, wenn die Haltung der Fraktion keine weiteren Folgen hätte haben können, man sich einstimmig zur Enthaltung entschlossen hätte. Aber die politischen Fragen ergaben sich sofort. Enthielt sich die sozialistische Fraktion, so konnte die Mehrheit für den Anschlag nur dadurch erreicht werden, daß die Rechte für ihn stimmte: die Krise innerhalb des parlamentarischen Systems wäre damit unermesslich geworden und das Verhalten Herriots in der Regierung fast unmöglich gewesen. Bei weiterer Prüfung der Rede Herriots an Hand des offiziellen Programms wurde außerdem festgestellt, daß mit Ausnahme gewisser unbedeutlicher Erklärungen über die „Sicherheit am Rhein“ nichts darin stand, was nicht auch von den Sozialisten unterschrieben werden konnte, oder was im Widerspruch stände zu dem, was man bisher und vor allem in der Wahlkampagne, die dem 11. Mai voranging, gesagt und geschrieben hatte. Der Vorwurf, den man auch nach dieser Prüfung aufrechterhalten mußte, betraf vor allem das, was in der Rede fehlte oder wenigstens nicht deutlich, nicht ausdrücklich genug zum Ausdruck gebracht war, da Herriot in Wirklichkeit es nicht ganz unerläßlich hatte, von den gewaltigen Anstrengungen der Linksparteien in Deutschland zu sprechen und dem Verzeihen, das man zu ihnen haben könne. Beim Anhören der Rede war dieser Teil fast untergegangen und unter der Anführung des Materials, durch das der Ministerpräsident die Stärke des nationalen, monarchistischen Deutschlands nachzuweisen suchte.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten vor der Fraktion legen auch nicht den geringsten Zweifel darüber bestehen, daß er

kein einziges seiner bisherigen außenpolitischen Grundprinzipien, besonders Deutschland gegenüber, aufgegeben gewillt ist, und daß der Versuch der Rechten, ihn durch ihren Beifall zu umstricken, seinen sofortigen Abgang zur Folge haben würde, wenn die sozialistischen Stimmen ihm bei der Abstimmung fehlen würden. Der Ministerpräsident gab zur gleichen Zeit seiner tiefsten Beunruhigung Ausdruck über die innerpolitische Entwicklung Deutschlands und Frankreichs, wobei er unterstrich, daß er als Vertreter der Linkspartei und der Verständigungsidee fest entschlossen sei, sich nicht durch ein zur Monarchie zurückführendes Deutschland hinter sich ziehen zu lassen. Die Politik, die er in Genf vertreten habe, werde er mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln weiterhin vertreten. Lieber die Befestigung des Rheinlandes befragt, gab der Ministerpräsident Antworten, die auch nicht den leisesten Zweifel darüber bestehen lassen, daß gewisse, unter der Herrschaft des Nationalen Blocks gepflegte Vorkehrungspläne endgültig und ohne Einschränkung aufgegeben sind. Nach einer kurzen Debatte, die den Ausführungen des Ministerpräsidenten in der sozialistischen Fraktion folgte, wurde die Frage der Haltung der sozialistischen Gruppe einer neuen Abstimmung unterworfen und diesmal wieder, mit 51 gegen 15 Stimmen, beschlossen, sich nicht zu enthalten, sondern für den Anschlag der Rede zu stimmen, um die reaktionären Mächte zu durchkreuzen. Allen ihren Mühen zum Trotz ist doch zweierlei in der Rede enthalten, was der Nationalen Block stets in der schärfsten Weise bekämpft: die Betonung der Notwendigkeit einer Wiederherstellung der Beziehungen zu Rußland und die Proklamierung der Notwendigkeit einer Zusammenarbeit zwischen Frankreich und einem demokratisch-republikanischen Deutschland.

Zweifel an Luthers Aufrichtigkeit

P. Paris, 31. Januar. (Sig. Draht.) Da man in Paris auf ein wesentlich anderes Echo der Rede Herriots auf Deutschland gehört war, hat die Richtigkeit und die ausdrückliche Bekundung der Friedens- und Verständigungsbereitschaft, die der Reichskanzler Luther in seinen Ausführungen vor den Vertretern der ausländischen Presse am 29. Tag gelegt hat, eine gewisse Ueberzeugung hervorgerufen. Allerdings fehlt es nicht an Stimmen, die darauf hinweisen, daß Vorschläge, wie sie der Reichskanzler in seiner Rede gemacht hat, bei den Deutschen und bei der Volkspartei auf die schärfste Opposition gestoßen wären, wenn sie von einem Linkskabinett ausgegangen wären, und man leitet daraus Zweifel an der Aufrichtigkeit der von Luther abgegebenen Erklärungen ab. Das ist nach der Entwicklung der letzten Wochen sehr verständlich, und Herr Luther, der sein Ministerium mit Männern besetzt, die Jahre hindurch aus ihrer nationalpolitischen und chauvinistischen Einstellung kein Wohl gemacht haben, wird sich am wenigsten darüber wundern dürfen. Das der Regierung nahestehende Deutche hat sogar für den von Luther bekundeten Verständigungswillen nur Hohn und Ironie übrig, so sehr mißtraut dieses linksstehende Organ dem Kabinett des deutschen Reichstages.

Herr Luther, schaffen Sie Beweise!

P. Paris, 2. Februar. (Sig. Draht.) In den politischen Kreisen erklärt man in Luthers Taktik vor allem einen Versuch der deutschen Reaktion, durch eine Politik des Entgegenkommens gegenüber dem Ausland die Zeit zu gewinnen, um die eigene Position zunächst noch innen auszubauen und die Republik schriftweise abzumauern. Die Presse der Rechten empfiehlt daher, darauf einzugehen. In den Werten der Linken steht man dagegen der von Herrn Luther angelegentlich bekundeten Verständigungsbereitschaft nach wie vor mit dem größten Mißtrauen gegenüber. Das Deutche erklärt erneut, wenn es dem Kanzler wirklich ehrlich damit zu tun sei und wenn er tatsächlich bereit sei, die von Herriot aufgestellten Prinzipien: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Abrüstung, anzunehmen, dann möge er dies beweisen, indem er den Eintritt Deutschlands zum Völkerbund veranlasse.

Englands waches Mißtrauen

S. London, 2. Februar. (Sig. Draht.) Der englische Außenminister Chamberlain sprach am Sonntag in einem konservativen Meeting in Birmingham über das Verhältnis der Alliierten zu Deutschland. Er betonte, daß zwischen Frankreich und England herzhafte Beziehungen bestehen und gerade deshalb England bei der Regelung der Sicherheitsfrage vollkommen auf französischer Seite stehen werde. Frankreich habe unter allen Umständen Sicherheit nötig. Um sie zu erhalten, werde England alles tun, was in seinen Kräften steht. Chamberlain behauptete in seinem Vortrag weiterhin noch den letzten Rohentwurf zwischen den alliierten Mächten und Deutschland, weil der Ton und der Charakter der deutschen Entgegnung nicht als ehrlich und vornehm zu bezeichnen seien. Er betonte, daß sich einer ähnlichen Tendenz in seiner Entgegnung zu befleißigen, wiewohl aber unter anderem darauf, daß Deutschland nur entschlossen sei, Verhandlungen in der Entlastungsfrage einzugehen, die von den Alliierten bewiesen werden könnten. Demgegenüber betonte Chamberlain wiederholt: Ich begnüge mich damit, anzudeuten, daß der letzte Satz der Rede der Alliierten, der der deutschen Regierung entgegen zu sein scheint, zu wiederholen, nämlich, daß die Alliierten ihrerseits entschlossen sind, die mit dem Versäglich Vertrag übernommenen Verpflichtungen gewissenhaft zu erfüllen.

Die Rede Chamberlains bestätigt erneut, daß es dem deutschen Bürgerblock sehr schwer fallen wird, in England Vertrauen zu erwecken. Tatsächlich steht man ihm nach wie vor in englischen Regierungskreisen mit allem Mißtrauen gegenüber. Es verleiht hier, daß der englische Vorkämpfer in Berlin außerordentliche Anweisungen zur Beobachtung der deutschen Regierungspolitik erhalten habe.

Sumpfblassen

Wenn der normale Verbrennungsprozess in der Natur unterbunden wird, entsteht ein Faulnisherd, dem stinkende Gase entweichen. Nicht anders ist es im Entwicklungsprozess der Gesellschaft und der Wirtschaft. Wenn durch irgendwelche katastrophale Einwirkungen der normale Gang der Entwicklung unterbunden wird, dann sammeln sich jene gesellschaftlichen Faulnisserreger an, und in der Gesellschaft entstehen dieselben Sumpfblassen wie in der Natur.

So war es möglich, als der berühmte Geldmacher John Law im Stadium des Zusammenbruchs der französischen Faudalherrenschaft mit seinem Rotenschild einen Skandal nach dem andern erzeugte. Im Anschluß an die große französische Revolution finden wir die gleiche unerfährliche Vier nach Bereicherung. Unter dem Bürgerkönig Louis Philippe prägte sich das Schlagwort „Reichert euch!“ Als durch den Krieg von 1870/71 die fünf französischen Milliarden in die deutsche Wirtschaft strömten, taumelte die ganze kapitalistische Wirtschaft des Reiches in unerfährlichem Streben nach immer neuen Gewinnen. Die grandiose Epoche des Gründerboomens setzte ein, bis eines schönen Tages das ganze luftige Gebäude der jungen Aktiengesellschaften schmachläh in sich zusammenbrach. Nichtsdestoweniger wurden dadurch Tugende Reureicher emporgeschleudert, deren Nachkommen heute verächtlich über die Sumpfblassen der Inflationszeit die Nase rümpfen.

Durch den Weltkrieg wurde der normale Entwicklungsprozess in der kapitalistischen Wirtschaft auf Jahre unterbunden, und es ist nicht verwunderlich, daß sich im Kreise aller Nationen Skandalaffären zeigten, daß in allen kapitalistischen Wirtschaften mit ganz wenigen Ausnahmen die Sumpfblassen der Kriegsgewinnler emporgestiegen sind. Wäher hatte das kleine Oesterreich, oder besser gesagt der Vorkriegs Wien, den Höhepunkt erklommen. Die Spritaffären in der Tschecho-Slowakei sind noch in aller Gedächtnis. Rußland verlor den gesamten Delbesitz Italiens und auch die andern Länder haben sich von ähnlichen Affären nicht freizuhalten vermocht.

In diesen Wochen hat nunmehr das Deutsche Reich die Führung unter den internationalen Skandalaffären übernommen. Erst waren die vier Kriegsjahre das beste Mittel, unfähige Gewinne aufzubehalten, dann aber kam die zielbewußt herbeigeführte Inflation, die selbst die Gründerperiode der 70er Jahre weit in den Schatten stellte. Das Jahr 1923 stand in Deutschland ausnahmslos unter der Parole des französischen Bürgerkönigs. „Reichert euch!“ war der Ruf, der durch alle kapitalistischen Gänge schallte. Alle Befehle der Moral, des Rechts, wurden außer Kurs gesetzt. Das Zentralnoteninstitut des Reiches war in erster Linie das Werkzeug, den Launen der Inflationsgewinnler bis zum Höchstmaß zu steigern. Nicht alle vermochten an den unerschöpflichen Gewinnen teilzunehmen, die Woche für Woche die Reichsbank verstreute. Aber da die Zeiten der Inflation jedem Schieber die besten Chancen gaben, wurde nichts unversucht gelassen, alle Quellen des Gewinns zu öffnen, und erst jetzt, nachdem alle Möglichkeiten erschöpft worden sind, wo durch die Deflation die gewalttätige Rückkehr zu normalen Wirtschaftsbedingungen erzwungen wurde, beginnt sich das Inflationsgebäude in aller Radtheit zu entstellen.

Wie in Oesterreich die Castiglioni und Wosel durch die Inflation herausgeschleudert wurden, so begann im November 1923 die Herrschaft Michaels. Dieser vermochte gerade noch die Klippen des Strafgesetzbuchs zu umschiffen, während Dugend andre die Kredit- und Gewinnmöglichkeiten so überpannten, daß sie zuletzt strahlend in den Fallstricken des Strafgesetzbuchs hängen blieben. Sie haben nicht verstanden, ihre Methoden rechtzeitig umzustellen und so verfallen sie in dem Sumpfe, den sie zielbewußt mit bilden halfen.

Mit Kuffler und seinen Hintermännern fing es an. Und nachdem einmal der Mantel gelüftet wurde, kamen die Barmats ins Gedränge. Auch sie mögen nicht unbedingt den Paragraphen des Strafgesetzbuchs entgehengehandelt haben, aber die Methoden ihrer Geschäftsführung ließen sich selbst mit den fadenstechnigen Grundfragen kapitalistischer Geschäftsmoral schwer vereinbaren. Zwischenbüch kam der Reichspostminister ins Gedränge. Ihm folgte auf ganz andern Boden der Schwiegerohn des Reichsinnenministers. Zwischenbüch wurden die Mannesmann genannt. Jetzt sind es altpreussische adelige Offiziere, ein Herr von Brecht, ein Herr von Rüdiger, die den Geschäftsleiter der Preussischen Landespfandbriefanstalt, den Geheimrat Rehring, einzuwickeln verstanden, und niemand vernag abzusehen, wer das Opfer des folgenden Tages sein wird.

Nun ist die Reichsregierung selbst an der Reihe. Sie hat für die Großkapitalisten an der Ruhr den netten Betrag von 715 Millionen Goldmark als Gesamtentschädigung ausbezahlt, von denen 655 bereits ausgezahlt wurden, ohne daß die parlamentarischen Instanzen des Reiches auch nur eine Mitteilung erhielten. Dieser Finanzskandal des Reiches ist dem Inflationsstempel der Reichsbank, der Hohenstein und Konsorten, ohne weiteres zur Seite zu stellen. Die Postische Zeitung verweist mit Recht auf die Zusammenlegungsquote der großen, im rheinisch-westfälischen Industriegebiet lebhaften Industrieunternehmen, daß sie ihr Friedenskaptal zusammengelegt haben im durchschnittlichen Verhältnis von 10 zu 7, während die Bank des Ruhrgebietes ihr Kapital im Verhältnis von 50 zu 1 verringern mußte. Schon diese Tatsache zeigt die „Not“ der Schwerindustrie. Es ist ein Skandal sondergleichen, wenn ausgesprochen den Reicheninter-

Vertical text on the left margin, including page numbers and small notices.